

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei G. H. Meier & Co. Breichstraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Paube & Co., Haasenstejn & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Gorkitz beim „Invalidendank“.

Nr. 116.

Montag, 16. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Befellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Amtliches.

Berlin, 14. Februar. Der König hat geruht: dem Schiffsgehilfen August Prall zu Adlershorst im Landkreise Bromberg die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Der König hat geruht: den Landgerichts-Präsidenten Bardeleben zu Dortmund zum 1. April d. J. in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht Berlin I. zu versetzen; ferner die Mitglieder der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Stettin Georg Förster und Max Orlovius zu Eisenbahn-Direktoren mit dem Range der Räte vierter Klasse, die Mitglieder der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg Theodor Krande, Julius Stute, Thaddäus Schubert, Max Lüdicke und Julius Bornemann, und zwar die drei Erstgenannten zu Regierungs- und Bauräthen, die beiden Letzteren zu Eisenbahn-Direktoren mit dem Range der Räte vierter Klasse zu ernennen, ferner dem Fabrikanten Adolf Benseler zu Lüneburg den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.

Dem Landgerichts-Präsidenten, Geheimen Ober-Justiz-Rath Krüger in Berlin ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension, vom 1. April d. J. ab, ertheilt.

Verstet sind: der Amtsgericht-Rath Offenberg in Petershagen an das Amtsgericht in Warendorf und der Richter von Windler in Amöneburg an das Amtsgericht in Altona. Dem Amtsrichter Dr. Hopf in Magdeburg ist die nachgesuchte Dienstentlassung behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung ertheilt. Der Amtsgerichts-Rath Köhne in Neustettin ist gestorben. In die Liste der Rechtsanwältinnen sind eingetragen: der Rechtsanwalt Seibert in Emmerich bei dem Amtsgericht daselbst, der Rechtsanwalt Brühl in Grätz bei dem Amtsgericht daselbst, der Gerichts-Magister Dr. Krause bei dem Landgericht in Königsberg i. Pr., der Rechtsanwalt Klöppel und der Rechtsanwalt Lippe bei dem Kammergericht, der Gerichts-Magister Breslau bei dem Landgericht in Berlin I., der Rechtsanwalt Jenz in Elberfeld bei dem Amtsgericht in Elberfeld und der Kammer für Handelsfachen in Barmen. Der bei dem Landgericht in Hagen zugelassene Rechtsanwalt Justiz-Rath Krawinkel wohnt in Witten. Der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Moritz Süßel in Celle ist gestorben.

## Vom Landtage.

### 62. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 14. Februar, Vormittags 11 Uhr. Am Ministertische Friedberg und Kommissarien.

In der ersten Beratung des Gesetzes, enthaltend Bestimmungen über das Notariat bemerkt der Abg. Traeger: Ich bitte die Regierung, der definitiven gesetzgeberischen Erledigung der ganzen Materie des Notariatswesens mit allem Eifer sich hinzugeben. Es ist sehr zu bedauern, daß dies nicht gelegentlich der Reichstags-Sitzung geschehen ist. Eine Reichsnotariatsordnung ist ein dringendes Bedürfnis. Bei einer solchen wünsche ich die obligatorische Heranziehung von Zeugen zu Notariatsakten beseitigt zu sehen. Es bietet doch eine sehr fragliche Sicherheit, daß der Schreiber Kunde und der Portier Joseph einer solchen Verhandlung beiwohnt. Der älteste Notar erscheint durch diesen Zeugenzwang unzuverlässiger, als der jüngste Gerichts-Magister. Da Letzterer allein mit den Parteien verhandelt. Daneben schreckt die Möglichkeit einer Indiskretion der Zeugen und die Gebühren von 1 Mark für dieselben das Publikum von Notariats-Verhandlungen ab. Absolut notwendig ist ferner die Trennung der Advokatur vom Notariat. Die Advokaten sind jetzt nicht mehr Beamte und freizügig; der Notar muß aber Beamter bleiben und seinen Wohnsitz nicht ändern dürfen. Die Vereinigung der beiden ganz verschiedenen Elemente führt leicht zu Unuträglichkeiten, da der Notar oft eine bei dem Notariatsakt beteiligte Person später als Anwalt in derselben Sache vertreten muß. Die nicht zu Notaren ernannten Anwälte werden aber dadurch zu einer zweiten Klasse degradiert, die in den Augen des Publikums weniger qualifiziert ist. Wenn die Notare nicht mehr Anwälte sind, dann müssen alle Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit ihnen allein übertragen und den Gerichten entzogen werden, damit das Notariat die nöthigen Einnahmen gewährt.

Abg. Petri fragt, ob die von Bürgermeistern und Ortsgerichten aufgenommenen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit auch nach diesem Gesetze Glaubwürdigkeit behalten, soweit sie ihnen nach den besonderen Gesetzen zustand, und wünscht eine Zusammenstellung der noch geltenden Bestimmungen des Notariats-Gebührengesetzes vom 11. Mai 1851.

Minister Friedberg: Die Regierung theilt den Wunsch einer allgemeinen Regelung des Notariatswesens. Die reichsgesetzliche Regelung ist angeregt worden, aber sie bot so viele Schwierigkeiten, daß man zur Zeit davon Abstand genommen hat. Die Regelung durch Partikulargesetze würde aber die Rechtsverschiedenheit auf dem Gebiete des Notariats nicht nur erhalten, sondern bestärken. Darum haben wir in diesem Gesetze zunächst einzelne Mängel abzustellen gesucht, bis es uns gelingen möchte, ein allgemeines Notariatsgesetz zu schaffen. Ob hierbei die Rechtsanwaltschaft vom Notariat getrennt werden wird, kann ich nicht voraussagen. Die Möglichkeit, einem Anwalt das Notariat zu ertheilen oder zu versagen, halte ich für ein sehr werthvolles Mittel, um die mit der Freiheit der Advokatur notwendig verbundenen Gefahren zu mildern; ich möchte dieses Mittel nicht so leichten Kaufes aus der Hand geben. Ob wir den Notaren die Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit allein überlassen sollen, ist eine finanzpolitische Frage, über die ich mich ebenfalls nicht erklären kann. Dem Abg. Petri erwidere ich, daß nach der Auffassung der Regierung die Befugnis der Bürgermeister und Ortsgerichte zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht berührt wird.

Geh.-Rath Kurzbäum II. hält eine offizielle Zusammenstellung der noch geltenden Bestimmungen des Gebührengesetzes vom 11. Mai 1851 nebst Abänderungen nicht für nöthig, da der größte Theil der Bestimmungen, die Zuläge und Abänderungen erfahren haben, bereits gänzlich aufgehoben ist.

Das Gesetz wird ohne wesentliche Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Kommission beantragt, die Wahl des Abg. Seyffardt (Krefeld) und sämtliche Wahlmännerwahlen der Stadt Krefeld für ungültig zu erklären.

Referent Abg. Günther führt aus, daß nach den vorliegenden Protesten nicht die vorgeschriebene Anzahl von Wahlmännern (je 1 auf 250 Seelen, also auf 62,905 Seelen in Krefeld 251 statt der in Wirklichkeit gewählten 228 Wahlmänner) gewählt worden sei; daß ferner die Eintheilung der Wahlbezirke eine willkürliche und ungerade sei.

Abg. Lauenstein beantragt die Gültigkeit der Wahl, indem er namentlich darauf hinweist, daß auch bei anderen Wahlen in größeren Städten in mehr als 20 Fällen zu wenig Wahlmänner gewählt seien, in manchen Fällen 30, 40 und 60 zu wenig. Was die Willkürlichkeit der Bezirkseintheilung angeht, so seien 1873 an räumlich in sich zerfallenen Wahlbezirken zehn vorhanden gewesen, deren einzelne Theile bis auf 460 m von einander entfernt lagen. Diese Zahl sei 1879 auf 3 vermindert und die Entfernung auf 120 m ermäßigt worden.

Abg. Parisius beantragt die Beanstandung der Wahl und will die Staatsregierung auffordern, über einige zweifelhafte Punkte Ermittlungen anstellen zu lassen.

Abg. von der Groeben tritt in allen Punkten den Ausführungen des Referenten bei und empfiehlt den Kommissionsantrag; durch die willkürliche Bezirkseintheilung seien viele Urwähler um ihr Wahlrecht betrogen worden (Unruhe links), diese Eintheilung sei eine ungesegnete, und wenn man die Wahl nicht kassire, sanktionire man die Ungeseglichkeit. (Unruhe links.)

Abg. Parisius verteidigt seinen Antrag, der notwendig sei, weil viele Punkte höchst zweifelhaft seien und einer genaueren Prüfung bedürften. In großen Städten sei die gleichmäßige Eintheilung der Bezirke höchst schwierig, weil das Entstehen neuer Straßen und der Zuwachs der Bevölkerung die Seelenzahl fortwährend ändere.

Abg. Bachem spricht sich für den Kommissionsantrag, Abg. Köhler für den Antrag Parisius aus.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): In Bezug auf die Demoralisation bei den Wahlen haben wir uns gegenseitig nichts vorzuwerfen, wir sind alle gleich demoralisirt. Früher war die Wahlmoralität auf der rechten Seite, aber ich gebe zu, wir haben von Ihnen (links) gelernt und sind jetzt gerade so wie Sie. (Geisterzeit.) Wir fallen bei solchen Debatten immer die römischen Aeguren ein, die da lachten, wenn sie sich sahen. Die Wahlgeographie ist immer tendenziös; man kann sich bei Bildung der Wahlbezirke an die gewöhnliche Geographie nicht halten, sondern muß vielen, theils unschuldigen, theils minder unschuldigen Rücksichten nachgeben. Zu den unschuldigen zähle ich z. B., daß man dafür sorgen muß, einen Wahlvorsteher und ein Wahllokal zu haben. Aber auch politische Tendenzen spielen immer mit. Ich suche immer gleich und gleich zu gesellen, d. h. ich lege die linken Urtschaften zu den linken und die rechten zu den rechten. Ich halte dies auch für ganz richtig. Man darf sich nur bei dergleichen nicht kriegen lassen. (Geisterzeit.) Das Uebel ist nun, daß der Magistrat in Krefeld sich hat kriegen lassen. Eine solche Ungeseglichkeit in der Aenderung der Wahlbezirke wie hier ist mir noch nicht vorgekommen. Dieser Art der Aenderung scheint mir so tendenziös, daß ich mich nur dem Antrage der Kommission anschließen kann, die Wahl für ungültig zu erklären. (Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Parisius mit 181 gegen 159 Stimmen abgelehnt und die Wahl des Abg. Seyffardt für ungültig erklärt.

Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt ferner die Ungültigkeit der Wahl des Abg. Herwig, während Abg. Schmidt (Sagan) die Beanstandung derselben vorschlägt; das Haus tritt diesem Antrage bei.

Die Wahl des Abg. v. Wedell (Piesdorf) wird dem Antrage der Kommission gemäß beanstandet; die Wahlen der Abgg. Wisemann, Tripp, Günther, von Langendorff und Bitter (Fraustadt) werden für gültig erklärt.

Eine Petition der Grundbesitzer Thomßen und Genossen in Westerland um Anerkennung sogenannter stehender Gefälle als Grundsteuer wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen; einige andere Petitionen über denselben Gegenstand werden an die Agrarkommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückverwiesen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. (Dritte Beratung des Stats.)

### 18. Sitzung des Herrenhauses.

12 Uhr. Am Ministertische Maybach und mehrere Kommissarien.

Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Eisenbahn-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Staatseisenbahnen und die Betheiligung des Staates bei mehreren Privat-Eisenbahn-Unternehmungen.

Referent Dize beantragt die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen und die Regierung aufzufordern, die im § 1 Nr. 2 des Gesetzes vorgeschlagene Erbauung einer Eisenbahn von Gilsbuden nach Mohrungen (mit einem Kostenaufwande von 2,730,000 Mark) und einer Eisenbahn von Mohrungen nach Allenstein (mit einem Kostenaufwande von 2,454,000 Mark) als ein Ganzes zu behandeln und demgemäß mit dem Bau der ganzen Bahn von Gilsbuden über Mohrungen nach Allenstein erst dann vorzugehen, wenn bezüglich beider Theilstrecken den im Gesetze vorgesehenen Bedingungen seitens der Interessenten genügt ist.

Minister Maybach erklärt sich mit diesen Anträgen einverstanden, worauf das Haus dieselben annimmt.

Schluß 1 1/2 Uhr. (Nächste Sitzung: Dienstag. (Stunde und Tagesordnung unbestimmt.)

## Politische Uebersicht.

Posen, den 14. Februar 1880.

Die Thronrede hat im Auslande einen guten Eindruck gemacht, was bei dem Nachdruck, womit sie Deutschlands friedliche Gesinnung betont, nicht zu verwundern ist. Aus diesem Grunde wird sie in Paris und London für beruhigend erklärt; auch in Petersburg spricht man sich befriedigend aus, bemerkt indessen, daß die Sprache der berliner offiziellen Presse

nicht übereinstimme mit der Sprache der Thronrede. In Wien dürfte die Befriedigung nicht vollständig sein, da auffallenderweise das wichtigste Ereigniß seit der letzten Reichstags-Sitzung, die Annäherung Deutschlands an Oesterreich, in der Thronrede gar nicht erwähnt ist, während die österreichische Regierung wiederholt ihre große Befriedigung über das Friedensbündniß mit Deutschland kundgegeben hat. Eine andere auffallende Auslassung in der Thronrede zeigt sich dahin, daß von der Wandlung der Handelspolitik im vorigen Jahre und deren Folgen, ja, von der wirtschaftlichen Lage des Reiches überhaupt nicht die Rede ist.

Der Ausfall der Präsidentenwahl im Reichstage konnte nach den vorangegangenen Verhandlungen nicht mehr überraschen; dennoch bedarf man wirklich eines Augenblicks der Befinnung, um sich von der vollen Wirklichkeit der Thatsache zu überzeugen, daß die deutsche Reichspartei fröhlichen Muthes in die konservativ-kerikale Koalition eingetreten ist. Denn dies allein ist die politisch interessante Seite des Resultats vom 13. Februar. Das berliner Organ der freikonservativen Partei im Abgeordnetenhaus und der Reichspartei im Reichstage, die „Post“, geberdet sich höchst ungehalten über den vor der Wahl gemachten „versteckten Hinweis“ auf die bloße Möglichkeit eines Bündnisses zwischen der Reichspartei und den Ultramontanen, wie es in dem nun thatsächlich erfolgten Zusammengehen liegen würde. Wir können in dieser gereizten Sprache nur die Wirkung der überaus unbehaglichen Situation erblicken, welche der „Post“ durch den grellen Kontrast zwischen der augenblicklichen Position der Freikonservativen einerseits und der Reichspartei andererseits bereitet wird — im Uebrigen wird dadurch an den Thatsachen nichts geändert. Die „Post“ scheint eine ausdrückliche Abmachung zwischen der Reichspartei und dem Centrum über die Präsidenten-Wahl leugnen zu wollen. Ihre bona fides wollen wir in diesem Punkte nicht anzweifeln; sie müßte dann nur mehr als schlecht unterrichtet gewesen sein. Aber sehr naiv sind denn doch die Gründe, mit denen sie das Vorgehen der Reichspartei erklären, oder besser: zu entschuldigen bemüht ist. Da Centrum und Deutschkonservative unter keinen Umständen für Herrn v. Bennigsen hätten stimmen wollen, und eben so wenig die Polen, Sozialdemokraten und der „gefinnungstüchtige und konsequente“ Fortschritt, so würde nach der Darlegung der „Post“ ein Zusammengehen der Reichspartei mit den Nationalliberalen mit arithmetischer Sicherheit zur Niederlage des Herrn v. Bennigsen geführt haben. Der Arithmetiker der „Post“ muß entweder von der Rechnungsmethode aller übrigen Menschenkinder erheblich abweichen oder aber mit den Zahlenverhältnissen und den Stimmungen der Fraktionen gänzlich unbekannt sein. Im Reichstage selbst war vor der Wahl kein Mensch im Zweifel darüber, daß ein geschlossenes Eintreten der Reichspartei für Bennigsen diesem die Majorität verschafft haben würde. Und wie die Abstimmungszahlen jetzt vorliegen, ist dies zur vollen Gewißheit geworden; es hätte nur 34 Stimmen von der Reichspartei (bieselbe zählt 54 Mitglieder) bedurft, und Herr v. Bennigsen wäre aus der Urne hervorgegangen. — Auf die grundlosen Invektiven und Refriminationen, welche das freikonservative Organ wegen früherer Sessionen gegen die nationalliberale Partei richtet, haben wir keine Veranlassung weiter einzugehen. Dagegen noch ein Wort über die mehr als wunderliche Behauptung, daß der von den Konservativen gemachte Vorschlag, den Präsidenten der Reichspartei, den ersten Vicepräsidenten dem Centrum zu entnehmen, die zweite Vicepräsidentenstelle aber den Nationalliberalen zuzugestehen, dem Zahlenverhältniß der Parteien entsprochen habe. Die Konservativen gehen in diesem Falle aus von der Fiktion einer einheitlichen konservativen Partei, indem sie die Mitglieder der deutschkonservativen Fraktion und der Reichspartei zusammenzählen. Mit demselben Rechte kann man auf der linken Seite eine einheitliche liberale Fraktion, zusammengesetzt aus der nationalliberalen Fraktion, der Fortschrittspartei und den liberalen Wilden, fingiren. Da mögen sich nun die konservativen Rechenkünstler abmühen, so viel sie wollen, — die linke Seite behält ein bedeutendes Uebergewicht. Darin liegt denn auch für die nationalliberale Fraktion vollauf die Berechtigung des Anspruchs auf den Präsidentenposten. Will aber die „Post“ die Fiktion der einheitlichen liberalen Partei nicht gelten lassen, so fällt damit auch die einheitliche konservative Partei, und man wird sich an die Stärke der einzelnen Fraktionen halten müssen. Alsdann würde das Centrum den Präsidenten, die nationalliberale Fraktion den ersten, die deutschkonservative Fraktion den zweiten Vicepräsidenten zu stellen haben. Man sieht, mit allen derartigen Tüfteleien wird der vorliegende Ausfall der Präsidentenwahl nicht erklärt. Die Frage, um die es sich bei derselben handelt, ist thatsächlich allein die gewesen, ob die deutsche Reichspartei das Zusammengehen mit den Liberalen oder das Zusammengehen mit der ultramontan-konservativen Koalition vorziehen wollte. Sie hat das Letztere gethan. Welche Gründe sie dabei bestimmte, ist uns bis jetzt wenig begreiflich. Daß sie aber den positiven Arbeiten dieser Reichstags-Session damit zum mindesten keinen Dienst erwiesen hat, liegt für jeden Urtheilsfähigen auf der Hand.

Der Landtag tritt heut in die letzte Woche seiner Thätigkeit ein. Am Montag und Dienstag wird wohl die dritte Etatsberatung erledigt und bis zum Schlusse der Woche mit den übrigen unaufschiebbaren Geschäften ausgeräumt werden. In der Frage der Nachsession scheint das letzte Wort immer noch nicht gesprochen; der Gang der Berathung in der Verwaltungsgesetzkommission konnte jedoch die Regierung nur in der Absicht bestärken, die Verwaltungsorganisation mit Hilfe einer Nachsession durchzuführen.

Die „Badische Korrespondenz“ vom 13. Februar enthält einen längeren Artikel über „die Wendung in der Examenfrage“, welcher den vom Abg. Lamey in der Kommissionsitzung vom 12. Februar verlesenen, durch die Zurückziehung der Vorlage vom 17. Januar jetzt gegenstandslos gewordenen Bericht auszugsweise wiedergibt: Es heißt darauf weiter: Der Abg. Lender, bekanntlich der einflussreichste Führer unserer Ultramontanen, ergriff nach Verlesung des Berichtes das Wort, um Lamey zu danken für seine Bemühungen um eine wirklich erfolgreiche Lösung der Frage. Er bemerkte, daß, wenn beiderseits eine befriedigende Lösung der Angelegenheit erzielt werde, hierzu Niemand mit so hervorragendem Verdienste werde beigetragen haben als Lamey. Dieses Zeugniß eines grundsätzlich gegnerischen, aber die Gesamtlage einsichtig beurtheilenden Mannes dürfte wohl genügen, um zu zeigen, daß nicht Streitsucht und der Vorjatz der katholischen Kirche und ihren Gemeinden die Möglichkeit des Besizes von Geistlichen vorzuenthalten, in den Reihen der liberalen Gegner des Regierungsentwurfes die ablehnende Stellung begründet haben. Mit Festigkeit und Energie beharrten die Liberalen darauf, daß nichts an den bestehenden Gesetzen geändert werde, wenn die Kurie nicht zuvor ihre Dispensationsverbote zurückgenommen habe. Diese Zurücknahme enthält allein den wirklichen Ausdruck der Achtung vor dem Rechte und dem Gesetze des Staates. Daß der die Unterhandlung mit der Kurie führende Minister des Innern für diesen bedeutungsvollen Punkt nur „Wünsche“ hatte, ist vor Allem der Grund des bisherigen Mißlingens der ganzen Sache gewesen und rechtfertigt forthin das Urtheil, daß die Verhandlung mit wenig Geschick, weil ohne sichere Erkenntniß der entscheidenden Thatsachen, geführt wurde. Der untrügliche Beweis hierfür wird ohne Aufschub und Jedermann einleuchtend damit dargethan werden, daß der Bischofsverweser zu Freiburg, welcher für den Herrn Ministerialpräsidenten nur vornehm abweisende Worte hatte, gegenüber der festen Haltung der zweiten Kammer die Erfüllung ihrer Forderung, die bisher verweigerte Zurückziehung der Dispensationsverbote gegen die Examenvorschriften von 1867, 1872 und 1874, leisten wird. Aus sicherer Mittheilung vernehmen wir, daß dieser Schritt des Bischofs bereits erfolgt ist. Er wird unseres Erachtens, dem Haupte der Kurie zu Freiburg keine Unehre machen. Man wird darin ein Zeugniß erblicken, daß es ihm aufrichtig darum zu thun ist, den mit allmählicher Verwäijung an Geistlichen bedrohten Gemeinden neue Kräfte des geistlichen Amtes zu verschaffen. Den Liberalen der zweiten Kammer wird aber das badische Volk das Zeugniß nicht versagen, daß sie — bei gleichzeitiger aufrichtiger Förderung des Friedens — um den Staat durch tapfere Vertheidigung seiner Rechte sich wohlverdient gemacht haben. Wie wir hören, wird die Regierung ohne Verzug ihren Gesetzentwurf zurückziehen und eine neue, der Auffassung der Kammer gemäße Vorlage an den Landtag gelangen lassen.“

Die wiener „Presse“ schreibt: „Man meldet uns, daß die übrigens unbedeutenden Verstärkungen der österreichischen Garnisonen in Südtirol mit den politischen Beziehungen zur italienischen Regierung, die nach wie vor völlig gute, intakte und korrekte bleiben, nicht das Mindeste zu thun haben. Die Beziehungen der österreichischen zur italienischen Regierung seien fortwährend die besten und freundschaftlichsten.“

Das Gerücht von dem Abschluß eines englisch-persischen Vertrages Herat betreffend war an demselben Tage in London, Petersburg und Teheran verbreitet. Die russische Presse spiegelt den verblüfften Eindruck wieder, den die Meldung der „Times“ in den petersburger offiziellen Kreisen hervorgerufen hat. Mit ungewöhnlicher Promptheit bespricht das vom auswärtigen Amte inspirirte „Journal de St. Petersburg“ die sensationelle Nachricht.

„Ist die Nachricht authentisch, schreibt das Journal, so könnte sie als ein Beweis mehr für die mangelnde Stetigkeit der englischen Politik angesehen werden, welche sich nicht die Prinzipien der Gerechtigkeit gegen Andere, sondern Erwägungen eines persönlichen und momentanen Interesses zur Richtschnur nimmt und darauf basiert, Anderen Uebles zu thun. Die Rückgabe Herats an Persien ist seit einem halben Jahrhundert eine ständige Tradition der russischen Politik gewesen.“ „Was Rußland anlangt, fährt das offiziöse Blatt fort, so kann man sicher sein, daß es sich nicht von seiner loyalen und vernünftigen Politik, welche auf gute Beziehungen zu Persien begründet ist, wird abbringen lassen, denn es hat die Ueberzeugung, daß die gerade Politik die bessere ist. Wenn die persische Regierung Rußland mißkennen sollte, so thäte sie es auf ihre Gefahr und ihr Risiko. Aber sie ist zu intelligent, um nicht zu begreifen, auf welcher Seite ihre wahren Freunde sind, und was ihr ihre eigenen wohlverstandenen Interessen anempfehlen.“

Der „Golos“ äußert sich in ähnlicher Weise: „Wir Russen brauchen uns jedenfalls durch diesen neuen Schachzug des Kabinetts von St. James nicht irren machen zu lassen. Nach wie vor wird man in Teheran einsehen, daß mit Rußland in Frieden und Freundschaft leben für Persien eine Lebensfrage ausmacht.“

„Nowoje Wremja“ schreibt: „Die russische Politik wird es als eine Bedrohung unserer mittelasiatischen Besitzungen betrachten, wenn die Engländer sich in Herat festsetzen sollten, und gestattet die Cession dieses Gebietes an Persien nicht anders, als nach stattgefundenem Vereinbarung zwischen England und Rußland. Der Klarheit und Bestimmtheit der Anschauungen der russischen Diplomatie gegenüber frappirt die Nebelhaftigkeit der Pläne Englands und Persiens.“

Während Lord Beaconsfield auf die wiederholten Anfragen der Führer der Opposition im Oberhause bezüglich Herats ausweichende Antworten giebt, ist der petersburger Korrespondent der „Daily News“ in der Lage, aus glaubwürdiger Quelle, wie er behauptet, mittheilen zu können, daß der englisch-persische Vertrag aus drei Artikeln besteht, welche lauten: 1) Persien erhält die Erlaubniß, Herat zu besetzen; 2) Persien leistet England in Af-

ganistan Beistand; 3) England verpflichtet sich von Teheran nach einem noch näher zu bezeichnenden Hafen am persischen Golf eine Eisenbahn zu bauen.

Nach der reservirten Haltung, die der englische Premier in dieser Angelegenheit dem Parlament gegenüber beobachtet, ist anzunehmen, daß die Vertragsunterhandlungen in Teheran, wenn nicht ganz gescheitert, so doch ins Stocken gerathen sind. Vermuthlich hat der Schah zu seiner Sicherung gegen Rußland Bedingungen gestellt, welche England nicht zu erfüllen in der Lage ist, ohne Rußland direkt zu provoziren.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, den 14. Februar.

Der Reichskanzler hat dem Bundesrath einen Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag zwischen Deutschland und dem Königreich der Sandwichischen Inseln vorgelegt. Schon vor einem Jahre war der Vertrag vorgelegt, vom Bundesrathe aber in einigen Punkten abgeändert worden. Zwischen diesseitigen und hawaii'schen Unterhändlern ist nun vor Kurzem der Vertrag in folgenden 3 Punkten deklariert und mit den Deklarationen vorgelegt worden. Danach wird 1) die dritte Bestimmung im Artikel II des Vertrages, die Form der Eheschließungen betreffend, dahin erläutert, daß die in den gesetzlichen Formen des einen Landes daselbst eingegangene Ehe von Angehörigen des anderen Landes auch in dem letzteren in der Voraussetzung Gültigkeit haben sollen, daß in Ansehung der materiellen Erfordernisse der Eheschließung durch eine solche Ehe kein nach dem Recht des Heimathlandes auf den speziellen Fall anwendbares Gesetz verletzt oder umgangen ist. 2) Die zweite Erklärung stellt fest, daß die Bestimmung im Artikel XII, in Betreff der gegenseitigen Befreiung der Konsularbeamten, welche nicht Angehörige des Landes sind, wo sie ihren Sitz haben, von bestimmten Abgaben, Leistungen und Beiträgen, sich nicht auf Zollabgaben erstrecken soll. 3) In dem Passus des Artikels XII: „Wenn aber die gedachten Konsularbeamten in dem Lande, wo sie ihren Amtssitz haben, Grundeigentümer sind oder werden oder Handelsgeschäfte betreiben“, werden diese letzteren Worte dahin erläutert, daß darunter die Betreibung irgend eines gewinnbringenden Geschäfts oder Gewerbes zu verstehen ist, welches mit den konsularischen Funktionen nichts gemein hat.

Aus Elbing, 12. Februar, meldet die „Mtpreuss. Z.“: In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde mitgetheilt, daß die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats ihr Amt niedergelegt haben, in Folge der Angriffe im Abgeordnetenhaus. Auf Antrag des Stadtverordneten Dr. Jacoby erklärte sich die Versammlung in Veranlassung der letzten Debatten im Abgeordnetenhaus einstimmig dahin, daß sie von Keinem die Ueberzeugung gewonnen habe, die vom Kultusminister gemachten Vorwürfe seien ungerichtet, sie sei voll und ganz mit dem Magistrat einverstanden und ersuche den Oberbürgermeister und den ganzen Magistrat, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 16. Februar.

1. Der erste Posener Saatmarkt, zu dessen Abhaltung von dem hiesigen Magistrat die städtische Turnhalle am Grünen Plage bewilligt worden ist, beginnt am 23. d. Mts. 9 Uhr Vormittags und wird 2 Uhr Nachmittags geschlossen. Die Präklusivfrist für die Anmeldungen zu dem Markte, deren bis jetzt 38 eingegangen sind, ist bis zum 18. d. Mts. verlängert worden. Die Anmeldungen werden vom General-Sekretär Professor Dr. Peters in Posen entgegengenommen, von welchem auch die Programme und Anmeldeformulare zu beziehen sind. Die auszustellenden Proben sind an den Spediteur Karl Hartwig in Posen franco einzusenden.

2. Die Provinzial-Versammlung des allgemeinen deutschen Jagdclubs, welcher in unserer Provinz bereits 300 Mitglieder zählt, fand hier am 13. d. M. im Saale von Wylus Hotel unter dem Vorsitz der Herrn v. Nathusius-Ludom und Graf Mielzynski-Röbniß statt. Die Betsprechung sowohl von deutscher wie von polnischer Seite war eine recht lebhaft. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die vorläufig von dem Landesvorstande angenommene Geschäftsordnung definitiv geregelt und die Kreiseinteilung des Vereins für unsere Provinz festgestellt.

3. Zu der landwirthschaftlichen Ausstellung in Bromberg. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat die königlichen Direktionen der Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen ermächtigt, für diejenige Ausstellungsgegenstände, welche auf der landwirthschaftlichen Provinzial-Ausstellung und der damit verbundenen internationalen Maschinen-Ausstellung unverkauft bleiben, freich-frachten Rücktransport innerhalb acht Tagen nach Schluß der Ausstellung zu gewähren. Derselbe Vergünstigung ist auch von den Direktionen der Dels-Gnesener, der Posen-Kreuzburger und der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft (bei letzterer mit 14-tägiger Dauer nach Schluß der Ausstellung) gewährt worden.

4. Frau Helena Modrzejewska wird am Mittwoch hier eintreffen und Donnerstag, den 19. d. M. auf dem hiesigen polnischen Theater ihren Gastrollen-Erfolg als Adrienne Lecouvreur beginnen.

Kein Westpreußen, sondern ein Pole! Der „Gazeta Lomaska“ schreibt Jemand aus Paris, daß die gegenwärtige französische Regierung den Polen nicht sehr günstig sei. „Zu Napoleons Zeiten zählte man die Polen nicht zu den Ausländern. Der Ausländer par excellence ist gegenwärtig vor Allem der Preuße. Er erhält in seiner Fabrik Arbeit, selbst wenn er auf den Knien darum bitten sollte. Auf den Thüren der Fabriken kann man die Aufschriften lesen: „Mort à la Prusse!“ Auch Cure Polen aus Westpreußen hält man hier für Preußen. In der vergangenen Woche kam zu mir ein Pole aus Thorn, ein Schlosser von Profession, mit der Bitte, seine Annahme zu vermitteln. Er beklagte sich, daß er schon seit vier Wochen in Paris Arbeit suche, daß man ihn aber nirgends annehmen wolle. Ich fragte ihn, ob er ein französisches Arbeitsbuch habe, was er bejahte und es mir zur Durchsicht übergab. Jetzt erkannte ich die Ursache, weshalb man ihn nicht angenommen hatte. Als Vaterland war nämlich angegeben Thorn, Westpreußen.“ Sowie der Fabrikvorstand in dem Buche das Wort „Preußen“ sah, hielt er ihn gleich für einen Preußen und jagte ihn zur Thüre hinaus. Ich ging daher mit ihm nach der Präfektur und ließ ihm ein anderes Buch ausstellen, in welchem angegeben war „Thorn in Polen“. Der Präfektur-Sekretär that das sehr gerne und hat wegen des Irthums sehr um Verzeihung. Mein Klient aus Westpreußen erhielt bereits an demselben Tage Arbeit. Es versteht sich von selbst, daß das polnische Vaterland

nur insoweit meinem jungen Landsmann nützlich war, als es ihn von dem Verdachte reinigte, er gehöre zu den Feinden Frankreichs etc.“

## Telegraphische Nachrichten.

Salzburg, 14. Februar. Heute früh vor 6 Uhr hat an dem hiesigen Bahnhofe abermals ein bedeutender Brand stattgefunden. Der Dachstuhl des österreichischen Empfangsgebäudes sowie die Vestibules vor den Hoffalons sind vollständig niedergebrannt. Ueber die Entstehung des Brandes ist noch nichts bekannt. Der angerichtete Schaden wird auf 30,000 Fl. geschätzt.

Rom, 15. Februar. Der „Diritto“ schreibt anlässlich von den Blättern gebrachten Meldung, daß die österreichischen Garnisonen in Südtirol wegen der Agitation der Italia irredenta auf verstärkten Friedensfuß gesetzt worden seien: Man müsse diese Nachrichten für unbegründet halten; die Drohungen und Umtriebe der „Italia irredenta“ hätten nicht die Bedeutung, um eine derartige Maßregel zu rechtfertigen. Die italienische Regierung, welche von der immensen Majorität des Landes unterstützt werde, würde einen jeden die internationalen Beziehungen gefährdenden Akt zu verhindern wissen. Der „Diritto“ schließt sich sodann der von anderer Seite gegebenen Erklärung an, daß zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn die besten Beziehungen fortwährend bestehen.

Neapel, 14. Februar. Das schwedische Expeditionsfahrzeug „Bega“ ist in Begleitung von zwei Dampfbooten und dreizehn Booten heute hier eingelaufen. Der Befehlshaber des Schiffes und die Expeditionsmitglieder wurden von den Civil- und Militärbehörden empfangen.

Kopenhagen, 15. Februar. Die regelmäßige Postdampfschiffahrt auf dem großen Belt ist wieder hergestellt.

Paris, 14. Februar. Der Senat hat den auf dem vergangenen Jahre zu London stattgehabten Telegraphen-Kongress vereinbarten Tarif genehmigt.

London, 14. Februar. [Unterhaus.] Wheelhouse brachte einen Antrag ein auf Ernennung eines Sonderausschusses behufs Erwägung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Bourke, bekämpfte diesen Antrag und erklärte, daß die Regierung den Freihandel nach wie vor aufrecht erhalten werde. Der Antrag Wheelhouse wurde hierauf abgelehnt. Der General-Staats-Prokurator Holker erwiderte auf eine Anfrage Harcourt's, der Tripelvertrag bestehe obwohl er durch die englisch-türkische Konvention in den Schatt gestellt werde, vom legalen Standpunkt aus betrachtet, faktisch noch fort, ebenso auch der Vertrag vom Jahre 1856, soweit nicht durch die Bestimmungen des Berliner Vertrages erloschen worden sei. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden ersten 13 Artikel der Bill angenommen, durch welche die Regierung ermächtigt wird, Maßregeln zu ergreifen, um den Verkehr von Kartoffeln zur Ausfaat an die Pächter in Irland zu erleichtern.

London, 13. Februar. [Oberhaus.] Lord Beaconsfield verlangt Aufschluß über die von Lord Beaconsfield gestern ertheilte Antwort, insbesondere darüber, ob derselbe auch den gewünschten habe, daß in Bezug auf Herat ein Zugeständniß an Persien noch nicht gemacht worden sei, oder, daß solches Zugeständniß der Politik der Regierung zum Vortheile laufe. Lord Beaconsfield erklärt: was den Schlußpassus der Interpellation betreffe, so würde es nur zu einem Mißverständnis führen, wenn er über die von ihm abgegebene absolute Erklärung hinausgehe, daß die Regierung Persien von der Verpflichtung Herat nicht zu besetzen, nicht entbunden habe.

London, 14. Februar. Bei der Parlamentswahl Southwark an Stelle des verstorbenen Deputirten Locke, welcher der liberalen Partei angehörte, ist der von den Konservativen aufgestellte Kandidat Clarke mit 7683 Stimmen gewählt worden. Der liberale Gegenkandidat erhielt 6830 Stimmen.

London, 15. Februar. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, soll die Ernennung einer internationalen Liquidationskommission für Egypten beschlossen und Rivers Wilson Präsident derselben designirt sein.

Moskau, 13. Februar. Fürst Alexander von Bulgarien ist heute Abend hier eingetroffen und im Kreml-Palaste gestiegen.

Konstantinopel, 13. Februar. Der englische Botschafter Layard hat sich durch einen Sturz mit dem Pferde eine Verletzung der Seite zugezogen, ist jedoch nicht genöthigt, das Bett zu hüten.

Bukarest, 13. Februar. [Deputirtenkammer.] Bei der Berathung des Gesetzentwurfes über die Organisation der Dobrudscha widerlegte Urechia in seiner Eigenschaft als Mitglied der mazedonisch-rumänischen Gesellschaft die Behauptung, daß Rumänien unter den rumänischen Einwohnern Mazedoniens politische Propaganda betriebe, und erklärte, daß die aus Rumänien nach Mazedonien gesandten Unterstützungen nur die Bestimmung hätten, den dortigen Rumänen zu Hilfe zu kommen und denselben die Kenntniß ihrer Muttersprache zu verbreiten. Redner betonte sodann den liberalen Geist des vorliegenden Gesetzentwurfes und hob hervor, daß man als Antwort auf böswilligen Injurationen in der Dobrudscha zeigen werde, Herzen erobert werden, indem man das heiligste Gut der Nation, die Religion und die Sprache der Väter achtet. Auch die Dobrudscha werde im Kleinen das gemacht werden, was die Balkanhalbinsel in der Hand der Intelligenz werden könnte.

Nisch, 14. Februar. Die Skupschtina hat den Vertrag mit England und die Erhöhung des Zolls gegen Bulgarien und die Türkei auf 8 pCt. durch Akklamation genehmigt.

Nisch, 14. Februar. In der Sitzung der Skupschtina richtete Jovan Bosovic an die Regierung eine Interpellation über den Stand der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn. Beantwortung dieser Interpellation erklärte der Ministerpräsident Nikitic, es sei die Hoffnung begründet, daß die Eisenbahnfrage und die Frage betreffend den Handelsvertrag bald eine günstige



Paris, 14. Februar. Probenmarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, pr. Februar 3310, pr. März 32,90, pr. Mai-Juni 31,90, pr. Mai-Juni 31,00. Mehl ruhig, pr. Februar 68,00, pr. März 68,00, pr. Mai-Juni 67,75, pr. Mai-August 67,00. Kübel beh., per Febr. 79,50, per März 80,00, pr. Mai-August 82,25, pr. September-Dezember 83,50, Spiritus beh., pr. Februar 74,75, per März 73,50, per Mai-August 71,25, per Sept.-Dezbr. —

Paris, 14. Februar. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 60,50, 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogramm 66,50. Weißer Zucker beh., Nr. 3 p. 100 Kilogr. pr. Februar 71,75, pr. März-April 71,75, pr. Mai-August 71,00.

London, 14. Februar. Savannazucker Nr. 12, 26. Fest. London, 14. Februar. An der Küste angeboten 15 Weizenladungen.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. Februar. Weizen per 1000 Kilo loco 200-240 Mark nach Qualität gefordert, gelber Märkischer — M. ab Bahn bez., per Februar — bez., per April-Mai 128-228-229 bez., per Mai-Juni 228-227-228 bez., per Juni-Juli 228-227-228 bez., per Juli-August 217 bezahl., August-Sept. —, per September-Oktober 213 bezahl., Gefündigt — Ztr. Regulierungspreis — M. — Roggen per 1000 Kilo loco 170 bis 178 M. nach Qualität gef. Ruff. — fr. W. bez., inländischer 173 — 176 M. ab Bahn bez., Feiner — Markt ab Bahn bez., Ramm. — M. ab B. bez., per Februar 170 1/2 bez., per Februar-März 170 1/2 bez., per April-Mai 172-171 1/2 bez., 172 B., per Mai-Juni 172-171 1/2 bez., 172 B., per Juni-Juli 170 bez., per Juli-August 164 1/2 bezahl., per September-Oktober — — Gefündigt — Ztr. Regulierungspreis — M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 137 bis 200 nach Qualität

gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 140 bis 157 nach Qualität gef., Ruffischer 145 bis 147 bez., Pommerischer 150-152 bez., Ost- und Westpreussischer 145-148 bez., Schleischer 150-153 bez., Böhmischer 150 bis 153 bez., Galizischer — bez., per Februar — M., per April-Mai 148 bez., Mai-Juni 150 bez., per Juni-Juli 152 bez., Gef. — Ztr. Regulierungspreis — bezahl. — Erbsen per 1000 Kilo loco 168 bis 205 M., Futtermare 155-166 M. — Mais per 1000 Kilo loco 143-150 bez. nach Qualität Rumän. — ab Bahn bez., Amerik. — M. ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00-27,00 M. — Roggenmehl incl. Saft, 0: 26,00 bis 25,00 M., 0/1: 24,75 bis 23,75 M., per Februar 24,15 bis 24,10 bezahl., per Febr.-März 24-23,95 bez., per März-April 24-23,95 bez., per April-Mai 24-23,95 bez., per Mai-Juni 24-23,95 bez., per Juni-Juli — Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bez. — Delsaat per 1000 Kilo Winterraps 235-244 M., S. D. — bez., N. D. — bezahl. Winterraps 230 bis 240 M., S. D. — bez., N. D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 54,2 M., flüssig — M., mit Faß 54,5 M., per Febr. 54,3 M., per Februar-März 54,3 M., per März-April — bez., per April-Mai 54,1-54,5 bez., per Mai-Juni 54,9-54,9 M. bez., per Juni-Juli — bez., Sept.-Okt. 57,6-57,8 bez., Gefündigt — Ztr. Regulierungspreis — Markt bez. — Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 25,0 M., per Februar 24,6 M., per Febr.-März 24,3 bez., per März-April 24,0 M., per April-Mai 24,0 M., September-Oktober 25,7 bez., Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis 24,6 bez. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 59,4-59,5 bez., per Februar 59,3-59,5-59,4 bez., per Februar-März 59,3-59,5-59,4 bez., per März-April — bez., per April-Mai 60,0-60,2-60,1 bez., per Mai-Juni 60,2-60,4-60,3 bez., per Juni-Juli 61,0-61,2 bis

61,1 bez., per Juli-August 61,9-62,1-62,0 bezahl., per August-September 62,1-62,3-62,2 bezahl. — Gefündigt — Liter. Regulierungspreis — bez. (B. B. 3.)

Stettin, 14. Februar. Wetter: Bewölkt. + 2 Grad R. Barometer 28,4. Wind: NW.

Weizen matt, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 202-220 M., weißer 210-222 M., per Frühjahr 222-220,5-221 M. bez., per Mai-Juni 223,5-222-223 M. bez., per Juni-Juli —, per September-Oktober 210 M. Gd. — Roggen matt, per 1000 Kilo loco inländischer 162 bis 168 M., Ruffischer 160 bis 166 M., per Frühjahr 166-165,5 M. bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli 165 M. bez., per September-Oktober 159 M. nom. — Gerste matt, per 1000 Kilo loco mittel Brau- 150-156 M., feine da. 160-166 M., Chevalier 170 bis 180 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco inländ. 134-144 M. — Erbsen ohne Faß. — Winterraps wenig verändert, per 1000 Kilo loco 215-235 M., per April-Mai 241 M. bez., per September-Oktober 258 M. bez. — Winterraps per 1000 Kilo loco 220-240 M. nom. — Rüböl flau, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 54,5 M. Br., per Februar —, per Februar-März 52,75 M. Br., per April-Mai 53,25 M. Br., per September-Oktober 57 M. bez. u. Br. — Spiritus etwas matter, per 1000 Liter pSt. loco ohne Faß 58,8 M. bez., per Februar 58,7 bis 58,8 M. bez., per Frühjahr 59,7 M. bez., per Mai-Juni 60,5-60,4 M. bez., per Juni-Juli 61,1 M. bez. — Angemeldet: Nichts. — Regulierungspreise: Rüböl 52,75 M., Spiritus 58,8 M. — Petroleum loco 8,5 M. tr. bez., Regulierungspreis 8,5 M.

Deutiger Landmarkt: Weizen 210-220 M., Roggen 168-174 M., Gerste 159-170 M., Hafer 145-148 M., Erbsen 162-166 M., Kartoffeln 60-69 M., Heu 2,5-3 Mark, Stroh 27-30 M. (Office-Stg.)

Berlin, 14. Febr. Die Wiener Börse hatte nach Ueberwindung der dort gestern herrschenden Prolongationschwierigkeiten Kreditaktien aufs neue heraufgesetzt; auch von anderen Seiten liefen feste Course ein, und die Eröffnung des heutigen Verkehrs erschien gut behauptet. Doch war die Festigkeit mehr auf Zurückhaltung des Angebots, als auf Kaufkraft zurückzuführen; den Coursberaussetzungen machten rasch wieder Abschwächungen Platz, und das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen bei nur unbedeutenden Schwankungen ruhig. Kreditaktien zogen anfangs 2 M. an, Amurabütte 1 1/2 pSt., Dortmund Union 1 pSt., recht fest waren ferner Diskonto-Kommandit-Antheile, Deutsche und Darmstädter Bankaktien, Bergische und Rheinische Eisenbahnaktien, während

schlesische Devisen ruhiger lagen, ohne jedoch gerade matt zu erscheinen. Ein ziemlich umfangreiches Geschäft entwickelte sich in russischen Werthen; besonders fest und belebt waren Orient-Anleihen und andere auf Papierrubel lautende Effekten, namentlich die Aktien der russischen Südwestbahn und russische Renten, Oesterreichische Renten, Bahnanleihen und Eisenbahn-Obligationen waren fest aber still. Sehr gut behauptet erschienen Konsole, für welche auf Zeit anfangs Abgeber fehlten. Gegen baar gehandelte Aktien blieben ruhig, aber fest. Eisenbahnaktien wurden meistens besser bezahlt. Stammprioritäten recht fest, Bankpapiere theilweise recht beliebt, Industriewerthe verhältnißmäßig. Anlagepapiere waren fest aber ruhig; besonders deutsche Anleihen beliebt, Prioritäten

wenig verändert. Die zweite Stunde verlief außerordentlich fest und die anfänglichen Courssteigerungen wurden rasch überholt; besonders waren Bergwerkspapiere beliebt; Dortmund Union steigend, nachdem ein großer Verkaufs-Auftrag der letzten Tage erledigt war. Per ultimo notirte man Franzosen 477,50-7-9,50, Lombarden 155,50-6-5,50, Kreditaktien 541,50-40,50-2-541,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 196,75-6,40-6,75, Erdmannsdorf 30 1/2 an, Passage 1/2, Dortmund Partial-Obligationen 102,25 in Posten bezahlt und Geld, Breslau-Warichau 102,75 bez. u. Gd., Dels-Gneisen 46 bez. u. Gd. — Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 14. Februar 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their corresponding prices. Includes sub-sections for 'Deutsche Fonds' and 'Wechsel-Course'.

Table titled 'Ausländische Fonds' listing foreign bonds from countries like America, Norway, and Russia with their prices.

Table titled 'Rumänier' listing bonds from Romania with their prices.

Table titled '\*) Wechsel-Course' listing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, and Paris.

Table titled '\*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Redenbüttele conf.' listing interest rates for various banks and locations.

Table titled 'Bank- u. Kredit-Aktien' listing various bank and credit stocks with their prices.

Table titled 'Eisenbahn-Stamm-Aktien' listing various railway company stocks with their prices.

Table titled 'Industrie-Aktien' listing various industrial stocks with their prices.

Table titled 'Eisenbahn-Stammprioritäten' listing railway company preference shares with their prices.

Table titled 'Rechte Oberuf. Bahn' listing railway stocks with their prices.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen' listing railway preference bonds with their prices.

Table titled 'Ausländische Prioritäten' listing foreign preference shares with their prices.

Table titled 'Ausländische Prioritäten' listing foreign preference shares with their prices.